



Jahresbericht 2007

Heute für ein
Heute für ein **besseres** Morgen.
besseres Morgen.



Jahresbericht 2007

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Leitbild

Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an. Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen sowie aller Institutionen und Organisationen von Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position zu präventionsrelevanten Themen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- ergreift die Initiative bei kriminalpräventiven Problemstellungen und stellt dabei Themen von grundlegendem Interesse in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Verbesserung der Lebenssituation und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen im Sinne einer Basisprävention ein.
- trägt dazu bei, dass präventionsrelevante Ansätze und Einwirkungsmöglichkeiten aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.

Inhalt

1. Das DFK 2007 im Überblick	4
2. Zum Arbeitsschwerpunkt und anderen Tätigkeitsbereichen	6
2.1 Gewaltprävention	6
2.1.1 Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter	6
2.1.2 Entstehungsfaktoren von Gewalt und Gelingens- bedingungen der Prävention	7
2.1.3 Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates	8
2.1.4 Gewaltprävention an Schulen – Prävention im Team	9
2.1.5 Vernetzung und Kooperation von Polizei und Jugend- sozialarbeit in der Gewaltprävention	9
2.1.6 Arbeitstagung „Gefährderansprache in Verbindung mit Kindesmissbrauch einschließlich Sextourismus“	10
2.1.7 Arbeitsgruppe Prävention für Seniorinnen und Senioren	11
2.2 Wissensmanagement und Präventionsinformationssystem PräVIS	12
2.3 Evaluation	14
2.4 Technische Kriminalprävention	15
2.5 Prävention von Internet-Devianz	16
2.6 Demografische Entwicklung und Prävention	17
2.7 Netzwerk Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit	18
2.8 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)	18
2.9 Öffentlichkeitsarbeit	20
2.10 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“	21
2.11 Deutscher Förderpreis Kriminalprävention	22
2.12 Kooperation mit dem Anwenderrat für Wertemanagement (AfW)	22
3. Organisation und Finanzlage der Stiftung	23
3.1 Organisation	23
3.2 Personal	23
3.3 Finanzlage	23
3.4 Jahresabschluss 2006	24
Anhang:	
Mitglieder des Kuratoriums	25
Mitglieder des Vorstandes	28

1. Das DFK 2007 im Überblick

Schwerpunkt Gewaltprävention

Expertise zu Entwicklungsbedingungen von Gewalt und Gelingensbedingungen der Prävention

Materialienband zum Stand der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter

12. Deutscher Präventionstag mit dem Motto „Starke Jugend – starke Zukunft“

Unterstützung durch wissenschaftlichen Beirat

Vernetzung und Kooperation von Polizei und Jugendsozialarbeit

Arbeitsgruppe mit Landespräventionsgremien zum Thema „Gewaltprävention in der Pflege“

Im Jahre 2007 hat sich die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) überwiegend der Gewaltprävention angenommen und hat damit dem Auftrag des Kuratoriums entsprochen, diesen Aufgabenbereich als Schwerpunktthema auszugestalten. Besonderen Ausdruck findet dies in der Expertise zu Entwicklungsbedingungen von Gewalt, die Prof. Dr. Scheithauer im Auftrag des DFK erarbeitet und zum Jahresende vorgelegt hat.

Auf der Grundlage einer breit angelegten Literaturrecherche soll diese Expertise vor allem Nachhaltigkeit und Qualität fördernde Impulse für die Entwicklung künftiger Präventionsansätze ermöglichen.

Daneben galt besonderes Augenmerk der Weiterentwicklung von Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter. Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat in enger Zusammenarbeit mit dem DFK und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) einen Materialienband zum Stand der Gewaltprävention erarbeitet. Unter Beteiligung namhafter Experten wurden Strategien der Gewaltprävention identifiziert und aufbereitet. Die Autoren des Materialienbandes kommen zu dem Schluss, dass es künftig weniger um Neuentwicklungen, als verstärkt um die Absicherung, Fundierung, Verbreitung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien geht.

Auch der 12. Deutsche Präventionstag im Juni 2007 hat die Thematik in großer Vielfalt unter dem Schwerpunktthema „Starke Jugend – Starke Zukunft“ aufgegriffen. Die nach dem Veranstaltungsort benannte „Wiesbadener Erklärung“ beleuchtet alle wesentlichen Aspekte für eine starke Jugend und inzident für eine nachhaltig wirksame Kriminalprävention. Sie entspricht den Intentionen des DFK, jungen Menschen bereits im Kindesalter Lebenskompetenzen zu vermitteln, sie zu gewaltfreien Konfliktlösungen zu erziehen und ihnen rechtzeitig Grenzen zu setzen. Dessen bedarf wirksame Präventionsarbeit im Sinne eines Zuvorkommens.

Der wissenschaftliche Beirat des DFK hat die einschlägigen Arbeiten mit großem Interesse begleitet und unterstützt. Er verweist auf eine geradezu einmalige Chance, präventive Ansätze und Konzepte, gerade wenn sie über die klassische Kriminal- und Gewaltprävention hinausgehen, in einem nationalen Gesamtkonzept zusammenzuführen.

Einer der Tätigkeitsschwerpunkte zur Förderung der Gewaltprävention ist die Vernetzung und Kooperation von Polizei und Jugendsozialarbeit, insbesondere durch Aus- und Fortbildung. Zahlreiche Projekte in den Bundesländern sind Beispiele für einen überzeugend hohen Qualitätsstandard in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Jugendarbeit. Deshalb hat das DFK erneut die Initiative ergriffen, um gemeinsam mit insoweit beispielgebenden Akteuren weiterführende Impulse zu geben.

Auf Initiative des Beirates der Länderpräventionsgremien beim DFK wurde im Januar 2007 die Arbeitsgruppe „Prävention für Seniorinnen und Senioren“ eingerichtet. Diesem Thema muss angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland eine besondere und größere Bedeutung beigemessen werden. Ziel der Arbeitsgruppe war es, die Vielfältigkeit der Herausforderung einer noch breiteren Öffentlichkeit unter Benennung von Handlungserforder-

nissen und -möglichkeiten zu vermitteln und für die einschlägigen Belange eine Sensibilisierung herbeizuführen. Insbesondere das Thema „Gewalt in der Pflege“ sollte beleuchtet werden.

Vor dem Hintergrund einer bisher zum Teil fehlenden oder eher unstrukturierten Transparenz dessen, was in Deutschland und international an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Ursachen und Wirkungszusammenhängen von Gewaltkriminalität vorliegt sowie notwendiger Information über eine für alle Ebenen der Prävention als erfolgreich getesteten Praxis bzw. als gescheitert festgestellten Erprobungen, hat die Geschäftsstelle ein zeitgemäßes Transfermodell im Rahmen des Netzwerkportals „Wissen gegen Gewalt“ entwickelt.

*Wissensmanagement als
Kernaufgabe des DFK*

*Internetportal „Wissen
gegen Gewalt“*

Das in die Website des DFK integrierte Wissensportal und die Datenbank PräViS (Präventionsinformationssystem) sind die zentralen Instrumente eines modernen Wissensmanagements für die gesamtgesellschaftliche Prävention in Deutschland. Im World Wide Web (www) wird das relevante Wissen für die Netzwerkakteure / Fachleute der Prävention und auch für jedermann zur Verfügung gestellt. Priorität für die nächsten Schritte haben der Aufbau des Webportals „Wissen gegen Gewalt“ und die dadurch angestoßene Vernetzung von Akteuren / Partnern sowie die Fortentwicklung der Datenbank PräViS.

In der Internetdatenbank PräViS finden sich überwiegend Projekte und Literaturhinweise zur Prävention, darunter überregionale Informationen, die in aller Regel durch das DFK eingestellt werden, aber auch kommunale und länderspezifische Initiativen, die durch die jeweils am Projekt beteiligten Landespräventionsräte für die Internetdatenbank zur Verfügung gestellt werden. Es ist geplant, künftig noch stärker die Präventionsakteure vor Ort einzubinden und eine online-basierte Dateneingabe zu ermöglichen. Die Geschäftsstelle ist weiterhin beratend in die Arbeiten beim BMJ-PräViS-Projekt eingebunden. Ziele des Projektes sind, den Datenbestand von PräViS quantitativ und qualitativ zu verbessern, insbesondere im Hinblick auf bislang nicht erreichte Informationsanbieter sowie eine dauerhafte Struktur für die Einbeziehung entsprechender Präventionsakteure in die Erfassungsstruktur zu erreichen.

*Weiterentwicklung
der Datenbank PräViS*

Ein weiteres wichtiges Aufgabenfeld des DFK betrifft das der Evaluation. Mit der Einrichtung der Veranstaltungsreihe „Praxisforum Evaluation“ leistet das DFK einen Beitrag zur Qualifizierung von Präventionsarbeit durch Evaluation. Das Angebot richtete sich an Akteure kommunaler und polizeilicher Präventionsaktivitäten. Die Workshops verfolgen zwei Zielrichtungen: Zum einen die Vermittlung theoretischer Grundlagen, zum anderen die Erarbeitung von konkreten Modellen der Evaluation an den Praxisbeispielen der Teilnehmer.

Aufgabenfeld Evaluation

*Durchführung von Praxis-
foren*

Fragen der Evaluation werden darüber hinaus im wissenschaftlichen Beirat des DFK diskutiert. Hierbei stehen solche nach der Bewertung der Wirksamkeit von übergreifenden Präventionsprogrammen im Mittelpunkt. Das DFK ist bestrebt, wissenschaftliche Forschungsanliegen, die die Frage der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Präventionsprojekten überprüfen, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

Nach entsprechender Empfehlung seitens des Kuratoriums wurden im DFK zwei Projektgruppen eingerichtet, von denen sich eine mit Fragen der technischen Prävention beschäftigt und die andere mit der Prävention von Inter-

*Projektgruppen zur
technischen Prävention
und zur Prävention von
Internet-Devianz*

net-Devianz. Im Mittelpunkt der Arbeiten stehen die Weiterentwicklung technischer Neuerungen zur Verbesserung der Sicherheit im Bahn- und Luftverkehr sowie zur Eindämmung von Straftaten im Internet.

Öffentlichkeitsarbeit

Mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit hat sich vor allem die Geschäftsstelle intensiv beschäftigt. Sie hat wesentliche Orientierungen in einem Konzept zusammengefasst, als Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit.

Relaunch der Website

Die Präsentation des DFK im Internet hat sich im Jahre 2007 grundlegend verändert. Die Seite hat ein neues Erscheinungsbild erhalten und wurde inhaltlich ausgebaut. Insbesondere das Portal „Wissen gegen Gewalt“ als neuer Bestandteil ist für die breite Öffentlichkeit von zunehmendem Interesse. Insgesamt hat sich die Seite als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene erwiesen.

Leider konnte 2007 seitens der Geschäftsstelle nicht allen Erwartungen und Aufträgen im Hinblick auf Präventionsinitiativen und -vorhaben entsprochen werden. Dies betrifft etwa das Thema Gewalt in Fußballstadien und die Erstellung einer Übersicht über bereits unternommene entsprechende Initiativen sowie z.B. Fragestellungen im Zusammenhang mit technischen Präventionsansätzen. Allerdings waren Anfang des Jahres noch hoffnungsvolle Perspektiven für eine Personalverstärkung trotz intensiver Bemühungen nicht zu realisieren. Und selbst vorbereitende Projektarbeiten, um inhaltliche Schwerpunktsetzungen für das DFK zu identifizieren sowie Projektpartner zu gewinnen und die Erarbeitung einer ersten, auch nur groben Projektskizze bedürfen entsprechender personeller Ressourcen.

Beratungen zur zukünftigen Gestaltung der Stiftungsarbeit

Im zweiten Halbjahr 2007 haben Vorstand und Mitglieder des Kuratoriums, vor allem der Wirtschaft, intensiv über die inhaltliche und strukturelle Ausrichtung des DFK diskutiert, da die Bemühungen um eine Erhöhung des Stiftungskapitals ohne Erfolg blieben und sich die sachgerechte Personalausstattung der Geschäftsstelle zunehmend schwieriger gestaltet. Der Vorstand hatte das Thema bereits im März 2006 behandelt und festgelegt, die seinerzeitigen Abreden zur Verbesserung der Situation vor der Kuratoriumssitzung 2008 zu überprüfen. Bei ehrlicher Analyse kann die seither eingetretene Entwicklung nicht zufrieden stellen. Die hieraus zu ziehenden Konsequenzen sind Gegenstand der Gremienberatung.

2. Zu den Arbeitsschwerpunkten und anderen Tätigkeitsbereichen

2.1 Gewaltprävention

2.1.1 Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter

Das Deutsche Jugendinstitut (DJI) hat in enger Zusammenarbeit mit dem DFK und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) einen Materialienband zum Stand der Gewaltprävention erarbei-

tet und Mitte 2007 vorgelegt. Dieser spiegelt die Strategien der zentralen Handlungsfelder der Gewaltprävention wider und ist ein wichtiges Ergebnis des Auftrags der Ministerpräsidenten zum Thema „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Familie und Schule“, im Nachgang zu den Ereignissen in Erfurt im Jahre 2003. Unter Beteiligung namhafter Experten wurden Strategien der Gewaltprävention identifiziert und aufbereitet. Gespiegelt wurden die heutigen Strategien an den Ergebnissen der Arbeiten der so genannten Gewaltkommission unter Leitung von Prof. Dr. Schwind aus dem Jahre 1990.

*Materialienband zum
Stand der Gewalt-
prävention*

Die Strategien der Gewaltprävention beziehen sich auf die Handlungsfelder im Kontext Familie insbesondere auf Kindeswohl und Kindeswohlgefährdung; Kindertageseinrichtungen; Schule; Kinder- und Jugendhilfe im Jugendalter; polizeiliche Strategien im Kindes- und Jugendalter; Justiz, hier insbesondere bezogen auf Familiengerichte und Jugendkriminalrecht sowie auf den Jugendstrafvollzug. In diesen Handlungsfeldern ist Gewaltprävention in den letzten Jahren zu einem weitgehend selbstverständlichen Bestandteil der alltäglichen Praxis geworden.

*Strategien und Hand-
lungsfelder der Gewalt-
prävention*

Die verwendeten Konzepte und Ansätze sind erfreulicherweise an den jeweiligen Zielgruppen und den Anlässen orientiert. Es werden überwiegend pädagogische Strategien verfolgt. Dabei liegt die Überzeugung zu Grunde, dass der Entstehung von Gewalt im Kindes- und Jugendalter vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb entgegengewirkt werden kann. Der Fokus richtet sich daher vor allem auf die Stärkung von Schutzfaktoren, den Erwerb von Kompetenzen und die Mobilisierung von Ressourcen. In den letzten Jahren wurden außerdem in zunehmendem Maße auch die sozialen und kulturellen Milieus sowie die Sozialräume einbezogen. Beispielsweise zeigen schulinterne Programme gegen Gewalt vor allem dann hohe Erfolgsraten auf, wenn diese in ein Gesamtkonzept integriert sind.

*Vorrang pädagogischer
Strategien*

*Einbeziehung von Milieus
und Sozialräumen*

Bei all den vielfältigen positiven Entwicklungen ist aber auch festzuhalten, dass die Verbreitung der Strategien in der Fachpraxis häufig noch unzureichend ist. Dies zumeist deshalb, weil die Einführung erprobter Programme zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen erfordert, die oft nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung gestellt werden. Die Autoren des Materialienbandes kommen daher zu dem Schluss, dass es künftig weniger um Neuentwicklungen, als verstärkt um die Absicherung, Fundierung, Verbreitung und Weiterentwicklung vorhandener Strategien gehen muss. Dazu bedarf es notwendig der systematischen Förderung von Wirkungsevaluationen durch Langzeitstudien, sowie einer konsequenten Qualitätssicherung durch klares Projektmanagement und im Wege von Prozessevaluationen bei der jeweiligen Programmdurchführung.

*Evaluation, Fundierung,
Verbreitung und Weiter-
entwicklung vorhandener
Strategien*

2.1.2 Entstehungsfaktoren von Gewalt und Gelingensbedingungen der Prävention

In Anlehnung an die Fachdiskussion der letzten Kuratoriumssitzung wurde an Prof. Scheithauer der Auftrag für eine Expertise zu Entwicklungsbedingungen von Gewalt vergeben. Auf der Grundlage einer breit angelegten Literaturrecherche, die über einen Werkvertrag in 2006 systematisch durch-

*Expertise zu entwick-
lungsorientierten
Präventionsansätzen*

geführt wurde, soll diese Expertise wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung von Präventionsansätzen liefern.

Neben der Darstellung optimaler Entwicklungsbedingungen zur Reduktion des Risikos für Auffälligkeiten geht die Untersuchung der Frage nach, wann und wo entwicklungsorientierte Maßnahmen ansetzen und welche Rückschlüsse sich daraus für die Arbeit mit Kindern ziehen lassen. In einem weiteren Schritt ist geplant, bestehende Programme dahingehend zu beleuchten, wieweit diese sich auf die Risiko- und Schutzfaktoren beziehen und Programme unterschiedlicher Altersgruppen aufeinander bezogen sind bzw. sich beziehen lassen. Die Frage was ein Programm wirksam und effektiv macht sowie die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Implementierung in die Regelpraxis sollen ebenfalls herausgearbeitet werden.

Empfehlungen für den Umgang mit Präventionsprogrammen

Nach den bereits vorliegenden Befunden lassen sich die folgenden Empfehlungen für den weiteren strukturellen Umgang mit Präventionsprogrammen ableiten:

- Auf der Grundlage eines Präventionsverständnisses, das sich an bekannten Risiko- und Schutzfaktoren orientiert, unabhängig von konkreten Risikohinweisen, bezogen auf den Einzelnen, gilt es der Frage nachzugehen, wie frühe Chancen zur Ausbildung von Delinquenzresistenz noch besser als bisher genutzt werden können.
- Es bedarf der Entwicklung von Leitlinien zur Umsetzung von Programmen, die auf dem oben skizzierten Präventionsverständnis basieren
- Die zugrunde liegenden Konzepte sind multimodal anzulegen, da nur dann nachhaltige Ergebnisse und Veränderungen nachweisbar sind. Das heißt, der Fokus ist nicht nur auf Eltern oder Kinder zu legen, sondern das Gesamtsystem aus Familie, Kindertagesbetreuung bzw. Schule und wenn möglich das soziale Umfeld ist einzubeziehen.
- Es bedarf einer Ressort übergreifenden Koordinierung von Präventionsprogrammen und -konzepten. Sie ist für eine Weiterentwicklung einschlägiger Präventionsarbeit unverzichtbar.
- Schließlich sind fundierte und möglichst nachhaltig angelegte Evaluationsstudien der Programme in Deutschland bzw. im deutschsprachigen Bereich notwendig.

Erfordernisse zu Ressort übergreifender Koordination und Evaluationsstudien

2.1.3 Empfehlungen des Wissenschaftlichen Beirates

Der wissenschaftliche Beirat des DFK mit den Herren Professoren Dr. Matthias Jerusalem (Berlin), Dr. Dieter Kleiber (Berlin), Dr. Herbert Scheithauer (Berlin), Dr. Peter Wetzels (Hamburg) und Dr. Helmut Willems (Luxemburg) hat in seiner letzten Sitzung vor allem die Chance unterstrichen, die das DFK als Vermittler von Präventionsanliegen in Regierungskreisen und Politik überhaupt habe. Das Forum eröffne die einmalige Gelegenheit, präventive Ansätze und Konzepte, gerade wenn sie über die klassische Kriminal- und Gewaltprävention hinausgehen, in ein Gesamtkonzept zu integrieren.

Es wurde zudem angeregt, dass die Stiftung weitere Impulse zur Initiierung systematischer Längsschnittforschung zur Entwicklung von Gewalt sowie zur

Potenzial des DFK als Interessenträger der Prävention bei Politikberatung

Wirksamkeit von Präventionsprogrammen auf nationaler und europäischer Ebene geben könnte und entsprechende Vorhaben der Fachöffentlichkeit bekannt machen sollte.

2.1.4 Gewaltprävention an Schulen – Prävention im Team

Konzepte zur Gewaltprävention an Schulen werden in vielen Bundesländern zunehmend selbstverständlicher in Kooperation auch zwischen Polizei und Schule durchgeführt. Das Programm „Prävention im Team“ besteht seit vielen Jahren und wurde vielfältig weiterentwickelt sowie in einigen Bundesländern evaluiert. Bereits 2001 trafen sich Akteure und Verantwortliche für diese Programme zu einer Fachtagung. Für das Jahr 2008 plant das DFK in Kooperation mit dem Landesrat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein eine zweite Fachtagung, die in Kiel stattfinden soll. In deren Verlauf sollen die Entwicklungen und Herausforderungen der letzten Jahre reflektiert werden, auf der Grundlage eines Überblicks über den Stand der Programme in den einzelnen Ländern. Es gilt dabei auch Entwicklungschancen und Grenzen des Programms kritisch zu beleuchten.

Kontinuität, Evaluation und Weiterentwicklung des Programms „Prävention im Team“

2.1.5 Vernetzung und Kooperation von Polizei und Jugendsozialarbeit in der Gewaltprävention

Das DFK hatte schon im Oktober 2003 in Kooperation mit der Bundesarbeitsgemeinschaft katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS) einen entsprechenden Arbeitskreis eingerichtet. Das dem Kuratorium bereits vorgestellte Thesen- und Argumentationspapier wurde im Dezember 2004 in Form einer Broschüre sowohl breit gestreut als auch gezielt an die Landespräventionsräte und über die Mitglieder des Arbeitskreises an die thematisch Betroffenen verteilt.

Impulsbroschüre des DFK

Da im Mittelpunkt der Empfehlungen die praktische Zusammenarbeit von Polizei und Jugend(sozial)arbeit stand, die Förderung des Verständnisses für die jeweils andere Fachlichkeit sowie die Optimierung der kooperationsfördernden Rahmenbedingungen, hat das DFK das Thema erneut aufgegriffen und die bisherigen Erkenntnisse und Erfahrungen zur Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit erhoben. Auf diese Weise soll eine möglichst konsequente, breite und praxisbezogene Umsetzung der Empfehlungen gefördert werden, um im Sinne von „good practice“ Impulse zu geben bzw. Optimierungsmöglichkeiten für eine unvoreingenommene Kooperation aufzuzeigen. Die Sachstandsabfrage des DFK war an die Innenministerien der Bundesländer gerichtet und hat zusammenfassend sehr überzeugend verdeutlicht, wie konsequent und umfassend die Empfehlungen Eingang in entsprechende länderspezifische Konzeptionen gefunden haben.

Empfehlungen zur praktischen Zusammenarbeit

Aktuelle Sachstandsabfrage

Im Bereich der Aus-, Fort- und Weiterbildung ist zu konstatieren, dass die Themen „Jugendschutz“ und „Jugendkriminalität“ von fast allen Ländern bereits in der Ausbildung bzw. im Studium – zum Teil fächerübergreifend im Rahmen der Vermittlung von Grundlagenwissen – behandelt und auch von entsprechenden Praktika bei Einrichtungen der Jugendhilfe begleitet werden. Neben der Befassung mit grundsätzlichen taktischen und rechtlichen

Kooperation von Polizei und Jugendsozialarbeit Bestandteil von Lehr- und Studienplänen

Fragen ist vielfach auch die Zusammenarbeit von Polizei und Jugendsozialarbeit Bestandteil der Lehr- bzw. Studienpläne.

Zielgruppen orientierte Seminare

Die Fort- und Weiterbildung richtet sich grundsätzlich Zielgruppen orientiert, meist in Form von Seminaren, an Jugendsachbearbeiter/innen oder Beauftragte bzw. Koordinatoren für Jugendsachen und beinhaltet neben rechtlichen und ermittlungstaktischen Aspekten schwerpunktmäßig auch präventive Perspektiven. Oftmals stehen hierfür Referenten von Jugendbehörden oder freien Trägern der Jugendhilfe zur Vermittlung von Lehrinhalten und zu Fragen der Zusammenarbeit auf sachbearbeitender Ebene zur Verfügung. In vielen Fällen werden die Seminare durch Besuche bei Einrichtungen der Jugendhilfe oder in Jugendarrestanstalten mit Möglichkeiten des fachlichen Austausches zwischen Polizei und Jugendsozialarbeitern/innen begleitet.

Gegenseitige Praktika

Während in einigen Bundesländern gegenseitige Praktika und/oder Hospitationen möglich sind oder in Einzelfällen ermöglicht werden können, favorisieren andere Länder den (fallbezogenen) Austausch auf Sachbearbeitungsebene. Als Argument gegen Praktika bzw. Hospitationen werden vor allem datenschutzrechtliche Bedenken und das Legalitätsprinzip angeführt.

Regelmäßiger fachlicher Austausch

Der regelmäßige fachliche Austausch zwischen Polizei und Jugendsozialarbeit findet grundsätzlich ebenenspezifisch, meist auf Landes-, Regionalebene und/oder örtlicher Ebene, statt.

Während auf Landesebene ressortübergreifend grundsätzliche Problemstellungen erörtert werden und strategische Überlegungen im Vordergrund stehen, dient die regionale oder örtliche Ebene zum einen der Initiierung und Durchführung von gemeinsamen Projekten und Maßnahmen, zum anderen dem regelmäßigen oder fallbezogenen Austausch auf Sachbearbeitungsebene.

Beispiele für Kooperation fördernde Rahmenbedingungen

Gemeinsame Veranstaltungen, Fachtagungen, Projekte auf Landes- und Regionalebene, Initiativen kommunaler Kriminalprävention als Plattform für eine eng vernetzte Kooperation vor Ort, gemeinsame Zielvereinbarungen, Arbeitskreise und institutionalisierte fachliche Gremien mit festen Ansprechpartnern sind Beispiele für kooperationsfördernde Rahmenbedingungen, die in vielen Bundesländern bereits realisiert sind. Die vielfältigen Initiativen und Projekte belegen den überzeugend hohen Qualitätsstandard in der Zusammenarbeit zwischen Polizei und Jugendarbeit.

2.1.6 Arbeitstagung „Gefährderansprache in Verbindung mit Kindesmissbrauch einschließlich Sextourismus“

Gemeinsame Tagung von KrimZ und DFK

In Umsetzung wiederholter eingehender Vorstandsbefassung, zuletzt in der Sitzung am 04. September 2006, mit möglichen präventiven Ansätzen im Zusammenhang mit Kindesmissbrauch einschließlich Sextourismus, wurde gemeinsam vom DFK und der Kriminologischen Zentralstelle mit der Initiative von Frau Ingrid Lottenburger-Bazin, Vorsitzende der Helsinki Citizens Assembly, Deutsche Sektion, am 11. Oktober 2007 in den Räumen des BKA in Berlin eine Arbeitstagung unter der Überschrift „Gefährderansprache in Verbindung mit Kindesmissbrauch einschließlich Sextourismus – ein weiterführendes Verfahren?“ durchgeführt. Zentrales Thema war die Frage, ob „Gefährderansprachen“, wie sie bereits in anderen Deliktsbereichen (z.B.

Hooliganismus, rechtsextremistische Straftaten) eingesetzt werden, eine geeignete Präventionsmaßnahme bei Fällen des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Ausland bzw. im Grenzgebiet durch deutsche Straftäter (sog. „Sex-tourismus“) darstellen können bzw. mit welchen anderen Maßnahmen eine Verbesserung der Präventionsarbeit auf diesem Gebiet möglich erscheint. Dabei wurden die verschiedenen rechtlichen und praktischen Möglichkeiten vor dem Hintergrund der einschlägigen Erfahrungen der Tagungsteilnehmer, die mehrheitlich aus dem Polizeibereich und von NGOs kamen, erörtert. Als nächster Schritt ist die Erstellung eines Arbeits- und Diskussionspapiers vorgesehen, das nach weiterer Erörterung und Abstimmung polizeilichen wie auch politischen Entscheidungsgremien (z.B. AG Kripo, AK II) vorgelegt werden soll.

Gefährderansprachen als Präventionsmaßnahme?

Diskussionspapier in Vorbereitung

2.1.7 Arbeitsgruppe Prävention für Seniorinnen und Senioren

Auf Initiative des Beirates der Länderpräventionsgremien beim DFK wurde im Januar 2007 die Arbeitsgruppe „Prävention für Seniorinnen und Senioren“ eingerichtet.

Initiative des Beirates der Landespräventionsgremien

Dieser Thematik muss nach Auffassung der Länder wie des DFK angesichts der demografischen Entwicklung in Deutschland auch unter Gesichtspunkten der Kriminalprävention eine besondere und größere Bedeutung beigemessen werden. Die sich abzeichnende Zunahme der Gruppe älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung lässt auch Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung erwarten.

Bereits im Jahre 2005 hatte sich das DFK in Kooperation mit dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK) dieser Thematik in einem Workshop im Rahmen des 10. Deutschen Präventionstages in Hannover gewidmet. Die Ergebnisse wurden in einer gemeinsam von DFK und ProPK herausgegebenen Dokumentation veröffentlicht.

Zunehmende Bedeutung des Themas Gewalt(prävention) in der Pflege

Die Kenntnisse und der Forschungsstand über die Gewalt gegen ältere Menschen und hier insbesondere in der häuslichen oder institutionellen Pflege sind bisher gering. Es liegen im deutschen Sprachraum nur wenige Studien zu einschlägigen Phänomenologien vor.

Ziel der Arbeitsgruppe ist es, in einem ersten Schritt die Vielfältigkeit der Thematik einer noch breiteren Öffentlichkeit unter Benennung von Handlungserfordernissen und -möglichkeiten zu vermitteln und für die einschlägigen Belange zu sensibilisieren.

Dazu wurde im März 2007 über die Länderpräventionsgremien eine weitere DFK-Erhebung zur Erfassung der bereits zum Themenfeld vorhandenen Projekte und Maßnahmen in den Ländern und kommunalen Einrichtungen durchgeführt.

Aktuelle Sachstands-erhebung und Impulse

Die Erhebung hat vergleichbar der anlässlich des 10. Deutschen Präventionstages durchgeführten deutlich gezeigt, dass eine Vielzahl von viel versprechenden Projekten und Maßnahmen, insbesondere im kommunalen Bereich, bereits vorhanden sind. Die dem DFK übermittelten Daten belegen ein hohes Engagement der Präventionsanbieter für Seniorinnen und Senioren, welches es auch in Zukunft zu nutzen gilt.

*Ziel ist eine verstärkte
Sensibilisierung der
Öffentlichkeit*

Das DFK bündelt und verbreitet in seinem Internet-Portal „Wissen gegen Gewalt“ die zum Thema bereits vorhandenen Erkenntnisse. Die Arbeitsgruppe befasst sich mit Planungen für eine gemeinsam mit den Landespräventionsgremien auszurichtende Veranstaltung, die unter hochrangiger Beteiligung vor allem Öffentlichkeit für das Thema schaffen soll. Ein geeigneter Termin könnte der 15. Juni 2008, der „World Elder Abuse Awareness Day“ sein.

2.2 Wissensmanagement und Präventionsinformationssystem PräviS

2.2.1 Konzept und Umsetzungsschritte

Wissensmanagement bezeichnet den bewussten und systematischen Umgang mit der Ressource Wissen und den zielgerichteten Einsatz von Wissen in einer Organisation, einem Netzwerk oder einem Handlungsfeld.

Vor dem Hintergrund einer bisher z.T. fehlenden oder eher unstrukturierten Transparenz zu dem, was in Deutschland und international an wissenschaftlichen Erkenntnissen zu Ursachen und Wirkungszusammenhängen von Gewaltkriminalität vorliegt sowie was für alle Ebenen der Prävention als erfolgreich getestete Praxis („good practice“) bzw. als gescheiterte Erprobungen („lessons learned“) gelten kann, hat die Geschäftsstelle ein zeitgemäßes Transfermodell im Rahmen des Netzwerkportals „Wissen gegen Gewalt“ entwickelt.

Das in die Website des DFK integrierte Wissensportal und die Datenbank PräviS (Präventionsinformationssystem) sind die zentralen Instrumente eines modernen Wissensmanagements für die gesamtgesellschaftliche Prävention in Deutschland. Im World Wide Web (www) wird das relevante Wissen für die Netzwerkakteure / Fachleute der Prävention und auch für jedermann zur Verfügung gestellt. Um zu gewährleisten, dass aktuelle Forschungsergebnisse und Praxisprojekte /-programme fortlaufend abgebildet werden, müsste die Weiterentwicklung des Portals und der Datenbank als Daueraufgabe ausgestaltet werden – entsprechend mit personellen und finanziellen Ressourcen unterlegt sowie wissenschaftlich beraten.

Der Projektplan 2006/2007 konnte angesichts sich verändernder personeller Verhältnisse in der DFK-Geschäftsstelle nicht in vollem Umfang realisiert werden. Allerdings sind eine Reihe von Umsetzungsschritten gelungen, die eine Perspektive für die Weiterentwicklung von Ansätzen eröffnen. Dies gilt für

- die Entwicklung und Implementierung eines zeitgemäßen Transfermodells im Rahmen der neuen DFK-Website: Netzwerkportal „Wissen gegen Gewalt“ mit Logo, Leitbild, Struktur sowie ersten Inhalten und Verknüpfungen („Links“),
- die perspektivische Fortentwicklung der Datenbank PräviS („Online-Eingabe“),
- das Projekt „Entstehungsbedingungen von Gewalt und Gelingensbedingungen der Prävention“ (Literaturrecherche und Analyse),
- die Vergabe und Begleitung eines Projektes „Gewaltprävention international“ zur strukturierten Recherche und Dokumentation englischsprachiger

*DFK-Netzwerkportal
„Wissen gegen Gewalt“*

Weitere Umsetzungsschritte des Wissensmanagements

Wissensangebote im Bereich der Gewaltprävention, insbesondere im Kindes- und Jugendalter. Die Ergebnisse sind in das Wissensportal eingearbeitet,

- die Unterstützung / Beratung des BMJ-Projektes zur Qualifizierung der PräviS-Datenbank,
- die Förderung von „Vernetzung und Kooperation durch Aus- und Fortbildung am Beispiel der Polizei und Jugendsozialarbeit bei der Gewaltprävention“ – erneute Impulse an die Innenministerien der Länder,
- die Leitung einer (Unter-)Arbeitsgruppe zur Prävention von häuslicher Gewalt im schulischen Bereich und die Erarbeitung von Empfehlungen für die Praxis,
- die Planung und erfolgreiche Durchführung von zwei Praxisworkshops „Evaluation“,
- die Erarbeitung eines Wissensangebotes zum Thema „Prävention für Senioren“ (in Kooperation mit Landespräventionsgremien),
- die Initiativen zu Vernetzungen / Wissenskoooperationen (etwa Landespräventionsräte, BMFSFJ, DJI, bpb) und schließlich
- die Beteiligung an Debatte und Aktivitäten zum Wissensmanagement im Rahmen des Europäischen Netzwerkes für Kriminalprävention (EUCPN).

Priorität für die nächsten Schritte haben der Aufbau des Webportals „Wissen gegen Gewalt“ und die dadurch angestoßene Vernetzung von Akteuren / Partnern sowie die Fortentwicklung der Datenbank PräviS.

Aktuelle Priorisierung

2.2.2 Präventionsinformationssystem PräviS

In der Internetdatenbank PräviS finden sich überwiegend Projekte und Literaturhinweise zur Prävention. Vor allem überregionale Informationen, die in aller Regel durch das DFK eingestellt werden, aber auch kommunale und länderspezifische Initiativen, die durch die jeweils am Projekt beteiligten Landespräventionsräte für die Internetdatenbank zur Verfügung gestellt werden, sind berücksichtigt. Die Informationen geben einen Überblick über die Präventionslandschaft und ermöglichen einen Erfahrungsaustausch der Akteure.

Ziele und Konzepte der Datenbank PräviS

Es ist geplant, künftig noch stärker die Präventionsakteure vor Ort einzubinden und eine online-basierte Dateneingabe zu ermöglichen. Entsprechende Vorbereitungen werden derzeit getroffen.

Das Projekt PräviS verfolgt derzeit vor allem zwei Schwerpunkte:

Schwerpunkte

- Die Bereitstellung einer Software, die es ermöglicht, auf einer lokalen Datenbank die im eigenen Verantwortungsbereich anfallenden Präventionsprojekte zu verwalten.
- Weiterer Ausbau der Internet-Datenbank PräviS (www.praevis.de) zur möglichst differenzierten Recherche aktueller und abgeschlossener Präventionsaktivitäten.

Die mit der 2007 zweimal tagende Arbeitsgruppe PräviS vereinbarten Weiterentwicklungen der Internetdatenbank sind zukunftsweisend. Zum einen

Aktuelle Entwicklungsschritte

wurde die Ergebnisdarstellung der einfachen Suche überarbeitet. Seit Ende August ist hier eine Volltextsuche möglich. Zudem erarbeitete eine Untereinigungsgruppe einen Entwurf für ein online-gestütztes Eingabemodul, von dem eine deutliche Akzeptanzsteigerung für Prävis erwartet werden darf. Mit einer ersten Version wird Anfang des Jahres 2008 gerechnet. Somit entwickelt sich Prävis zu einem attraktiven Instrument der Dokumentation von Präventionsaktivitäten, das auch für bisher nicht beteiligte Bundesländer wachsendes Interesse fördern sollte.

Prävis-Projekt des Bundesministeriums für Justiz (BMJ)

Der Geschäftsstelle ist zudem beratend in die Arbeiten des BMJ-Prävis-Projektes eingebunden. Auftragnehmer ist die Goethe-Universität Frankfurt, das Institut für Humangeographie von Professor Dr. Pütz. Das Institut führt eine bundesweite Online-Erhebung zu den Präventionsaktivitäten an Schulen (Probelauf in Hessen) durch und wird Informationen zu entsprechenden Projekten nach mit dem DFK vereinbarten Qualitätskriterien in die Datenbank Prävis importieren und damit recherchierbar machen. Ziele sind die Verbesserung des Datenbestandes sowie die Erarbeitung einer dauerhaften Struktur der Datenerhebung und -pflege. Wünschenswerte Effekte sind eine Erhöhung der Nutzer(gruppen)anzahl, die Intensivierung der Nutzung sowie eine Erhöhung der Nutzerzufriedenheit von Prävis.

Online-Befragung der Prävis-Nutzer

Die Evaluation des Projektes ist an das Europäische Zentrum für Kriminalprävention e.V. (EZK) vergeben worden und beinhaltet unter anderem die Erstellung eines anonymisierten Profils derjenigen, die die Datenbank Prävis nutzen. Eine erste Online-Nutzerbefragung hat im Zeitraum Oktober bis November 2007 stattgefunden. Sie wird derzeit ausgewertet.

2.3 Evaluation

Praxisforen Evaluation

Mit der Veranstaltungsreihe „Praxisforum Evaluation“ leistet das DFK einen Beitrag zur Vermittlung der Evaluation als unverzichtbares Element qualitätsorientierter Präventionsarbeit. Das Angebot richtet sich an Akteure kommunaler und polizeilicher Präventionsaktivitäten. Die thematischen Schwerpunkte, „Projektmanagement“ als Vorbereitung und Grundlage von Evaluation sowie „Methoden der Evaluation“, wurden in zwei jeweils zweitägigen Workshops durch externe Trainer vermittelt. Die Workshops verfolgten zwei Zielrichtungen; zum einen die Vermittlung theoretischer Grundlagen, zum anderen die Erarbeitung von konkreten Modellen der Evaluation auf der Grundlage von Praxisbeispielen der Teilnehmer.

Impulse für die kommunale Praxis

Eine erste Auswertung zeigt, dass kommunale und lokale Präventionsangebote häufig ohne eine klare Zieldefinition und Umfeldanalyse entstehen und somit Aussagen zu ihrer Wirksamkeit oftmals nicht zu treffen sind. Dies weist auf künftigen Handlungsbedarf, weshalb sich das DFK entschieden hat, die Veranstaltungsform weiterzuentwickeln und den Präventionsakteuren als ständiges Angebot vor Ort zu unterbreiten. Um dem Anspruch an Vernetzung und Bündelung gerecht zu werden, sollen die Veranstaltungen in einem nächsten Schritt in Kooperation mit Verantwortlichen für Prävention in den Ländern durchgeführt werden. Im Dezember 2007 fand das in diesem Sinne erste Praxisforum in Kooperation mit Baden-Württemberg in Stuttgart statt.

Fragen der Evaluation werden darüber hinaus im wissenschaftlichen Beirat des DFK diskutiert. Hierbei stehen solche nach der Bewertung der Wirksamkeit von übergreifenden Präventionsprogrammen im Mittelpunkt. Das DFK ist bestrebt, wissenschaftliche Forschungsanliegen, die die Frage der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Präventionsprojekten überprüfen, im Rahmen seiner Möglichkeiten zu unterstützen.

*Bedeutung von
Wirksamkeitsnachweisen*

Wissen um den Stand der Evaluation in anderen Handlungsfeldern als der Kriminalprävention ist für die weitere Entwicklung der Bemühungen um eine nachhaltige Eindämmung von Gewalt und Kriminalität zentral.

2.4 Technische Kriminalprävention

Nachdem die Einrichtung einer Projektgruppe (PG) „Technische Kriminalprävention“ beim DFK im Kuratorium breite Zustimmung gefunden hat, wurden die Arbeitsaufträge in der Sitzung der PG im Mai 2007 wie folgt präzisiert:

Die Arbeitsgruppe (AG) „Bahnverkehr“ soll vorhandene Videotechniken auf delikts- und gefahrenadäquate Eignung untersuchen. Zugleich soll sie alternative, kostengünstigere und effektivere Lösungen prüfen.

*Arbeitsgruppe
Bahnverkehr*

Sofern darüber hinaus noch Bedarf besteht, soll festgestellt werden, welche Technik die vorhandene ggf. ergänzt oder erweitert bzw. welche neue oder neu zu entwickelnde Technik erforderlich ist.

In ihrer Sitzung im Juli definierte die Arbeitsgruppe den Schwerpunkt ihrer Überlegungen im „automatisierten“ Erkennen sog. CBRNE-Stoffe (chemische, biologische, radiologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe) und entwickelte ein mit der Bundespolizei abgestimmtes technisches Anforderungsprofil mit folgenden Konditionen:

*Anforderungsprofil für
Verfahren und Instru-
mente der automatisier-
ten Erkennung gefähr-
licher Stoffe*

- Beibehaltung des offenen Verkehrssystems Bahn
- Keine zeitlichen Verzögerungen
- Berührungsfreies Erkennen von CBRNE-Stoffen
- Automatische Alarmgenerierung
- Aufschaltung auf ein Sicherheitsmanagementsystem und Verknüpfung mit Videosystemen
- Kundenorientierung: Verhinderung von Panikreaktionen; keine Verunsicherung, sondern Stärkung der subjektiven Sicherheit.

Derzeit prüfen die in der Arbeitsgruppe vertretenen Anbieter von Sicherheitstechnik technische Realisierungsmöglichkeiten. Im Bedarfsfall sollen weitere Anbieter in die Überlegungen einbezogen werden.

Hinsichtlich der Arbeitsgruppe „Luftverkehr“ wurde neben den nach wie vor bestehenden Aufträgen (Schilderung der Prozessabläufe und Darstellung der erforderlichen Hintergrundinformationen bei der sog. „Low-Risk-Passenger“-Einstufung, Erhebung der technischen Erfordernisse beim Einsatz biometrischer Verfahren für Passagiere, Bericht über Übertragungsmöglichkeiten des Verfahrens „Biometrischer Ausweis für Flughafenbeschäftigte“ auf Passagiere sowie Verbindungsaufnahme mit der Fa. NESIS – Sicherheitstechnik) eine differenzierte Betrachtung von Technik und Personenströmen emp-

*Arbeitsgruppe
Luftverkehr*

Überlegungen zur Überwachung von Personenströmen

fohlen. Bezüglich der Technik soll eine Rangfolge nach Eignung und Qualität erstellt werden. Die AG hat folgende Arbeitsschwerpunkte festgelegt:

- Detektion nicht zuzuordnender Gegenstände bzw. Gepäckstücke,
- Überprüfung von Fluggepäck sowie
- Überprüfungen von Personen und Personenströmen.

Als Vertreter des Bundesministeriums des Innern steht Herr Dr. Richter vom Referat „Luftverkehrssicherheit“ für die Arbeitsgruppe als Ansprechpartner zur Verfügung.

2.5 Prävention von Internet-Devianz

Projektgruppe konstituiert

In der konstituierenden Sitzung der Projektgruppe „Prävention von Internet-Devianz“ im Mai 2007 legten die Teilnehmer den Fokus einer zukünftigen Projektarbeit grundlagenorientiert auf primäre Präventionsansätze. Zugleich sollen aber auch phänomenorientiert Möglichkeiten zur vorbeugenden Bekämpfung der Kriminalität mit Bezug zum Internet beleuchtet werden.

Sensibilisierung von Risikobewusstsein

Als vorrangiges Ziel verfolgt das Projekt, durch gezielte Kompetenzförderung die notwendige Sensibilität und das Risikobewusstsein im Umgang mit dem Internet als eine Art „Grundsicherung“ für Anwender zu schaffen bzw. zu schärfen. Dabei soll das Vertrauen in das Internet als Zukunft bestimmendes Medium, im Wissen um den notwendigen verantwortlichen Umgang mit dem Internet, bewahrt bleiben.

Flankierend hierzu sollten Möglichkeiten geprüft und ggf. geschaffen werden, zusätzliche technische Sicherheit zu generieren.

Technische Sicherheit

Die Zielerreichung ist an folgenden grundsätzlichen Überlegungen ausgerichtet:

- Stärkung des nationalen und europaweiten Austausches,
- Intensivierung der interdisziplinären Zusammenarbeit,
- Zukunftsorientierte Ausrichtung.

In einem ersten Arbeitsschritt will die Projektgruppe den Handlungsbedarf näher identifizieren, etwa durch bundesweite Befragung von Kriminalbeamten, Anfragen an BKA und LKÄ zu Helfelderkenntnissen, durch Sondierung von einschlägigen Präventionsaktivitäten auf nationaler und europäischer Ebene sowie durch Priorisierung der Auswertungen von Erkenntnissen zum Dunkelfeld. Auf dieser Grundlage gilt es, Akteure bzw. Experten für die Projektgruppe zu gewinnen und zu vernetzen.

Erkenntnisse zur „Internetkriminalität“

Hinsichtlich des zu erhebenden Handlungsbedarfs liegen mittlerweile die Antworten von BKA und dreizehn LKÄ vor, die einen vergleichenden (Zweijahres-)Blick auf die Entwicklung der per Tatmittel Internet begangenen Delikte erlauben.

Insgesamt sind auf Bundesebene Rückgänge

- beim Verbreiten pornografischer Inhalte,
- beim Verbreiten von Kinderpornografie und
- bei der „Volksverhetzung“ festzustellen.

Fast unverändert hoch sind die Verstöße gegen Urheberrechte (Software-Piraterie, Verstöße gegen Markenzeichen-Gesetz, Kunsturheber-Gesetz u.a.).

Anstiege sind zu verzeichnen

- beim Besitz bzw. Sich-Verschaffen von Kinderpornografie,
- bei Nötigungen und Bedrohungen,
- bei Beleidigungen und Beleidigungen auf sexueller Grundlage sowie
- beim Ausspähen von Daten.

Um fast 48 % (!) ist der Waren- und Warenkreditbetrug mittels Internet von 2005 auf 2006 angestiegen

Auf Grundlage der zuvor genannten Erhebungen wurden Eckpunkte und erforderliche Arbeitsschritte festgelegt. Zunächst gilt es, Nutzerprofile zu erheben und Opferstatistiken auszuwerten. Sodann sollen anhand von noch festzulegenden Kriterien geeignete Projekte/Programme ausgewählt, analysiert und ggf. empfohlen werden.

Die Nutzer-Akzeptanz für sicherheitsrelevante Aspekte könnte ersten Überlegungen zufolge

- durch „Hürden“ (z. B. Freischaltung nur bei Abruf der zielgruppen- bzw. altersgruppenspezifischen Informationen oder Sicherheitshinweise)
- durch „Anreize“,
- durch „Verpflichtungen“ (z.B. durch einen „Internet-Check“ bei neutralen Stellen)

*Zukünftige Eckpunkte
und Arbeitsschritte der
Projektgruppe*

erhöht werden. Eine Prozessbegleitung aus fachlich-journalistischer Sicht wird für sinnvoll gehalten, ebenso eine „Sicherheitspartnerschaft“ von Behörden und Sicherheitsindustrie.

2.6 Demografie, Kriminalität und Kriminalprävention

Ausgehend von dem durch die Geschäftsstelle vor geraumer Zeit erarbeiteten Sachstand sollte im Wege einer Art Machbarkeitsstudie die Frage kriminalpräventiven Handlungsbedarfes im Zusammenhang mit demografischen Entwicklungen geklärt werden.

Zu diesem Zweck wurde am Lehrstuhl von Herrn Prof. Dr. Heinz, Universität Konstanz, eine entsprechende Expertise in Auftrag gegeben, die zusammengefasst Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Risiken bei zunehmendem Pflegebedarf von Seniorinnen und Senioren sowie mit einer vermehrten Nutzung moderner Kommunikationsmedien, insbesondere des Internets durch ältere Menschen, sieht.

*Expertise der Universität
Konstanz*

Mögliche präventive Ansätze im Zusammenhang mit Gewaltauffälligkeiten gegenüber pflegebedürftigen älteren Menschen wurden in einer Arbeitsgruppe zusammen mit Vertretern von Landespräventionsräten diskutiert und über das Portal >Wissen gegen Gewalt< für die Präventionsakteure verfügbar gemacht. Die Entwicklung geeigneter Präventionsansätze im Zusammenhang mit Devianzerscheinungen rund um das Internet ist Gegenstand einer im Nachgang zur Kuratoriumssitzung 2007 initiierten DFK-Projektgruppe.

*Arbeitsgruppe des
Bundesinstituts für
Bevölkerungsforschung*

Weiterhin ist die Geschäftsstelle in eine Arbeitsgruppe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) eingebunden, die sich mit Auswirkungen des demografischen Wandels befasst und im Auftrag des BMI Fragestellungen zum Bereich „Demografie und Sicherheit“ bearbeitet.

2.7 Netzwerk „Städte für Sicherheit, Toleranz und Gewaltlosigkeit“

*Neue Mitglieder im
Städtenetzwerk*

Im März 2007 versammelten sich die Städtepartner Chemnitz, Düsseldorf, Frankfurt, Koblenz, Leipzig, Lübeck, Ludwigshafen und Stuttgart unter Moderation des DFK zu einem Erfahrungs- und Informationsaustausch. Als neue Mitglieder wurden die Präventionsverantwortlichen der Städte Erfurt und Potsdam begrüßt. Es bestand Einvernehmen, die Zusammenarbeit unter dem Dach des DFK fortzusetzen. Inhaltliche Schwerpunkte waren „Amoktaten an Schulen und Prävention“, „Gefahren des Internets für Kinder und Jugendliche – Stärkung ihrer Medienkompetenz“ sowie die „Prävention von rechts-extremistischer Gewalt“.

Im Rahmen des ständigen Erfahrungs- und Informationsaustausches („Frühwarnsystem“) behandelten die Netzwerkpartner die Themen „Gewerbsmäßiges Betteln“, „Gewalt gegen Obdachlose“, „Stadtteilreparatur“, „Happy Slapping“ und „Alkohol-Flatrates“.

2007 wurden außerdem Augsburg, Hannover und Mülheim/Ruhr als neue Mitglieder aufgenommen.

2.8 Europäisches Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN)

*Deutsche Ratspräsident-
schaft im ersten Halbjahr
2007*

Im Rahmen seiner Funktion als nationale Kontaktstelle hat das DFK an den halbjährlichen Veranstaltungen des Netzwerkes teilgenommen, die Tagungsergebnisse in Deutschland multipliziert sowie den Informationsaustausch mit den ausländischen Partnern fortgesetzt.

*Seminar „Gefahren des
Internet für Kinder und
Jugendliche“*

Während der deutschen Ratspräsidentschaft hatte das Bundesministerium des Innern zu dem EUCPN-Seminar „Gefahren des Internet für Kinder und Jugendliche“ am 1. Juni 2007 nach Deutschland eingeladen. Etwa 60 Teilnehmer waren aus nahezu allen Mitgliedstaaten vertreten. Das Programm war eng an das 2006 vom DFK durchgeführte Experten-Hearing zum Thema „Internet-Devianz“ angelehnt.

In allen Beiträgen wurde betont, dass die Relevanz des Internets im Leben von Kindern und Jugendlichen deutlich zunimmt. Eine neue Qualität werde in naher Zukunft mit dem Einsatz von Mobiltelefonen für den Internetzugang („iPhone“) erreicht. Chancen seien naturgemäß mit Risiken verbunden, die es fortlaufend zu analysieren gelte.

Vom „Schwedischen Medienrat“ (dem Bildungs- und Kulturressort zugeordnet) wurde das dort entwickelte Programm „Safer Internet“ in seinen aufeinander abgestimmten Elementen erläutert. Bemerkenswert ist, dass ein umfassender Ansatz vorliegt, in dem Lehrmedien flächendeckend zur Verfügung gestellt und Lehrer systematisch fortgebildet werden.

Die diesjährige europäische Konferenz zur Präsentation und Diskussion erfolgreicher Präventionsprojekte („Best-Practice“) hat am 10./11. Dezember 2007 in Lissabon zum Themenschwerpunkt „Häusliche Gewalt“ stattgefunden.

*Best-Practice-Konferenz
in Lissabon zum Thema
Häusliche Gewalt*

Aus fünfzehn nominierten Projekten wurde das schwedische Projekt „The Integrated Domestic Violence Programme“ der Stadt Malmö mit dem Europäischen Präventionspreis 2007 ausgezeichnet. Gratulation nach Schweden.

*Schwedisches Projekt
Gewinner des Europäischen
Präventionspreises
(ECPA)*

Im Benehmen mit den Bundesministerien des Innern und der Justiz war von deutscher Seite das Berliner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt (BIG) für den Präventionspreis vorgeschlagen worden.

Weitere deutsche „Best Practice Projekte“, die präsentiert wurden, waren:

- die Stuttgarter Ordnungspartnerschaft gegen häusliche Gewalt (STOP)
- das Kriseninterventionsteam Stalking und häusliche Gewalt Bremen (Stalking-KIT).

In der Diskussion zu den präsentierten Projekten wurden u. a. folgende Grundvoraussetzungen für gelingende Kooperation bei Prävention und Intervention herausgefiltert:

*Grundvoraussetzungen
für gelingende Kooperation*

- Interinstitutionelle Kooperation bedarf einer professionellen Koordination,
- ein möglichst breites Spektrum an Institutionen und Einrichtungen sollte eingebunden werden; Frauenhäuser, Polizei, Justiz und die kommunale Verwaltung bzw. die ministerielle Ebene sollten nicht fehlen,
- es empfiehlt sich, möglichst hochrangige Vertreterinnen der staatlichen Institutionen zur Teilnahme zu gewinnen,
- gemeinsame Ziele müssen vereinbart und die Arbeitsaufgaben konkretisiert werden,
- der Expertenstatus der Beteiligten muss anerkannt werden, auch über politische Bewertungen hinweg,
- die beteiligten Vertreterinnen von Einrichtungen und Institutionen brauchen ein Mandat und klare Entscheidungsbefugnisse,
- die Beteiligten müssen ausreichende Vernetzungskompetenzen entwickeln.

Weiter wurde deutlich, dass neben der Kooperation auf fachlich-professioneller Ebene ein politischer Wille ausschlaggebend ist, um Verbesserungen im Unterstützungsangebot umzusetzen und zu finanzieren, neue Handlungsanweisungen durchzusetzen und deren Einhaltung auch zu kontrollieren.

Bedeutung des politischen Willens

Der Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen (1999), aktuell in der ersten Fortschreibung (2007), wurde als Beispiel für eine umfassende nationale Umsetzungsstrategie im Plenum der Konferenz vorgestellt. Dabei wurde hervorgehoben, dass er geradezu beispielhaft eine Richtung festlege, die in allen Bundesländern und auf der Ebene der Kommunen bzw. Landkreise zur konkreten Umsetzung kommen muss.

Aktionsplan der Bundesregierung fortgeschrieben

2.9 Öffentlichkeitsarbeit

2.9.1 Konzeption Öffentlichkeitsarbeit

Konzeption vorgelegt

Die Geschäftsstelle hat sich intensiv mit dem Thema Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung beschäftigt. In einem Konzept hat sie wesentliche Orientierungen zusammengefasst. Sie sollen die Grundlage für die weitere Ausgestaltung der Öffentlichkeitsarbeit bilden.

Die Konzeption wurde vom Vorstand gebilligt und dient als künftige Arbeitsgrundlage.

2.9.2. Pressearbeit

Zahlreiche Pressemitteilungen

Das DFK hat im Wege von Pressemitteilungen zu unterschiedlichen gesellschaftlichen Ereignissen Stellung bezogen. Die Resonanz war leider gering. Auch weitere Angebote für Veröffentlichungen, etwa in Form von Themenbeiträgen etc. wurden kaum angenommen. Bleibt zu hoffen, dass im Rahmen der Umsetzung der vorerwähnten Konzeption der Bekanntheitsgrad der Stiftung zu erhöhen ist und damit auch die Bekanntheit in den Medien.

2.9.3. Internetpräsentation / Newsletter

Relaunch DFK-Website

Die Präsentation des DFK im Internet hat sich im Jahre 2007 grundlegend verändert. Die Seite hat ein neues Erscheinungsbild bekommen und wurde inhaltlich ausgebaut. Insbesondere das Portal „Wissen gegen Gewalt“ als neuer Bestandteil der Seite ist für die breite Öffentlichkeit von zunehmender Bedeutung. Insgesamt hat sich die Seite als geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit und als hilfreich zur Vernetzung bereits vorhandener Präventionsstrukturen auf kommunaler und regionaler Ebene in Deutschland erwiesen. Von der Startseite gelangt der Nutzer direkt zu PräviS.

Newsletter mit 1.400 Abonnenten

Die Website bietet zahlreiche Verweisungen (Links) auf nationale und internationale Präventionsinitiativen und wird ständig weiterentwickelt. Sie beinhaltet einen ausführlichen Präventionskalender und die Möglichkeit, kostenlos den periodischen DFK-Newsletter zu abonnieren. Dieser ist 2007 acht Mal erschienen. Mehr als 1400 Personen und Institutionen haben den DFK-Newsletter abonniert. Die Internetpräsenz der Stiftung wird durch die Website der Zeitschrift „forum kriminalprävention“ (<http://www.forum-kriminalpraevention.de>) ergänzt.

2.9.4. Zeitschrift „forum kriminalprävention“

Hohe Akzeptanz der Fachzeitschrift

Die durch das DFK herausgegebene Zeitschrift „forum kriminalprävention“ ist nach wie vor ein wichtiges Sprachrohr der Stiftung. Prävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu vermitteln sowie den Wissenstransfer und die Vernetzung der vielfältigen Präventionsinstanzen zu fördern, ist das zentrale Anliegen der Zeitschrift. Das Interesse der Präventionsgremien in Bund, Ländern, Städten und Gemeinden, innerhalb der Polizei und Justiz, von Kinder- und Jugendschutzinstitutionen, dem Sicherheitsgewerbe sowie bei Erzieherinnen und Erziehern ist ausweislich der Rückmeldungen zu den Themen-

schwerpunkten der einzelnen Ausgaben ungebrochen. Allerdings lässt der Zuwachs an Abonnenten nach wie vor zu wünschen übrig.

„forum kriminalprävention“ wird durch den Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH (VdP) verlegt und erscheint viermal im Jahr. Als Chefredakteur stand und steht dankenswerter Weise Herr Detlef Schröder, Kriminaldirektor und Magister Artium, Dozent an der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster, Fachbereich Kriminologie, zur Verfügung.

In den vier Ausgaben 2006 wurden folgende Themen schwerpunktmäßig behandelt:

- Herausforderungen und Strategien in der Kriminalprävention
- Jugend und Prävention
- Deutscher Präventionstag 2007 – Prävention in Hessen
- Deutscher Förderpreis Kriminalprävention 2007, Kunst und Prävention, Prävention und Evaluation

*Schwerpunktthemen
der vierteljährlichen
Ausgaben*

2.10 Kooperationspartnerschaft „Deutscher Präventionstag“ (DPT)

Der 12. Deutsche Präventionstag 2007 hat in großer Vielfalt das Schwerpunktthema „Starke Jugend – Starke Zukunft“ behandelt. Die Wiesbadener Erklärung zum Thema beleuchtet alle wesentlichen Aspekte für eine starke Jugend, für eine wirksame Kriminalprävention. In seinem Grußwort an den Präventionstag hob der Hessische Ministerpräsident, Roland Koch, hervor, dass zu den wirkungsvollsten Beiträgen für die Sicherheit der Bürger das Verhindern von Kriminalität gehöre. Besonders erfolgreich sei die Kriminalprävention, wenn sie breit angelegt wäre und junge Menschen so früh wie möglich erreiche. Die zeitige Vermittlung von Werten und Normen hat er als besten Weg zu einem gewaltfreien Zusammenleben beschrieben, womit er den Intentionen des DFK entspricht.

12. DPT in Wiesbaden

*Motto: „Starke Jugend –
starke Zukunft“*

In seinem Eröffnungsvortrag wies Professor Dr. Friedrich Lösel darauf hin, dass es in der Bundesrepublik Deutschland circa 190.000 gewaltpräventive Angebote gebe mit denen etwa 2 Millionen Familien erreicht würden. Allerdings seien die Angebote nicht hinreichend evaluiert. Er plädierte deshalb für eine ressortübergreifende zentrale Koordination und Qualitätssicherung. Leitlinien für erfolgreiche Ansätze würden ebenso benötigt wie ein theoretisch fundiertes Konzept von der universellen über die selektive bis zur indizierten Prävention (entspricht den Kategorien primäre, sekundäre und tertiäre Kriminalprävention).

*Überblick zur Prävention
in Deutschland durch
Professor Lösel*

In der Wiesbadener Erklärung, Ausfluss eines Gutachtens zum Thema des Präventionstages, wird deutlich, dass die öffentliche Wahrnehmung von Kinder- und Jugendkriminalität, transportiert über die Massenmedien, nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmt. Prävention wirke, die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik sprächen hier eine eindeutige Sprache. Dennoch gibt es nach der Erklärung spezifische Handlungsfelder, die im Augenblick Besorgnis erwecken und die intensiv im Blick behalten werden müssen. Dazu gehören jugendliche Mehrfach- und Intensivtäter, Integrationsprobleme bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die Gefahren durch neue Medien,

*Wiesbadener Erklärung:
„Prävention wirkt!“*

Günstige Entwicklung der Jugendkriminalität, aber sozialräumliche und Gruppen bezogene Problemlagen

durch frühen Alkohol- und Drogenkonsum sowie durch Vandalismus. Die insgesamt günstige Entwicklung der Jugendkriminalität darf nicht den Blick dafür verstellen, dass sich in einzelnen Kommunen räumlich oder Gruppen bezogen besondere Problemlagen ausprägen. Hier können nach dem Gutachten nur Programme greifen, die von verschiedenen Stellen, ressortübergreifend und zielgenau eingesetzt werden. Gemeinsam mit dem Veranstalter des Deutschen Präventionstages hat das DFK die „Wiesbadener Erklärung“ allen relevanten gesellschaftlichen Gruppen, vor allem den politischen Parteien auf Bundes- und Landesebene zugeleitet, verbunden mit dem Wunsch, den Empfehlungen im jeweiligen Verantwortungsbereich Rechnung zu tragen und den Transfer in die Praxis zu unterstützen.

IMK-Arbeitsgruppe zu Intensivtätern

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) hat die Gewaltproblematik ebenfalls aufgegriffen und eine länderoffene Arbeitsgruppe eingerichtet, in der das DFK mitarbeitet. Ziel der Arbeitsgruppe ist es, die Lage detailliert zu erheben und konzeptionelle Vorschläge für eine nachhaltige Präventionsarbeit vor allem im Kontext Gewalt zu erarbeiten. Schließlich wird auch möglicher Forschungsbedarf erhoben.

Das DFK hat insgesamt seine Anstrengungen zur Koordination und Vernetzung im Bereich der Gewaltprävention im Rahmen seiner Möglichkeiten und bei sich bietenden Gelegenheiten mit Priorität fortgesetzt – durchaus im Sinne der Wiesbadener Erklärung.

2.11 Deutscher Förderpreis Kriminalprävention

Preisverleihung im Oktober

Unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten, Horst Köhler, wurden am 12. Oktober 2007 im Festsaal des Rathauses zu Münster die diesjährigen Förderpreise verliehen. Im vierten Jahr seiner Vergabe rückt der Deutsche Förderpreis Kriminalprävention, den auch das DFK aktiv unterstützt, mit besonders beeindruckender thematischer Vielfalt in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Beispielgebende Aktivitäten gesamtgesellschaftlicher Präventionsarbeit wurden prämiert.

Thematische Vielfalt bei Bewerbungen und Preisträgern

Nachhaltige Resozialisierung von verurteilten Jugendlichen, wirksame kommunale Gewaltprävention sowie Pädophilie und Missbrauchprävention sind ebenso Gegenstand der ausgezeichneten Projekte wie herausragende Medien- und Wissenschaftsarbeiten.

Der von der Stiftung Kriminalprävention ausgelobte Preis soll Akteure der Kriminalprävention nachhaltig motivieren und überzeugen, systematisiert zu arbeiten und evaluierte, benchmarkfähige Projekte durchzuführen.

Im Rahmen der Ermittlung der Preisträger hat sich gezeigt, dass die Präventionsarbeit in Deutschland über die Jahre eine deutliche Qualifizierung und Weiterentwicklung erfahren hat. So bildeten die ausgezeichneten Preisträger bzw. die jeweils initiierten Projekte das breite Maßnahmenspektrum ab, das zur Eindämmung von Kriminalität notwendig ist.

Preisvergabe bis 2010 gesichert

Der Deutsche Förderpreis Kriminalprävention wird wiederkehrend, zunächst bis zum Jahr 2010 ausgelobt.

2.12 Kooperation mit dem Anwenderrat für Wertemanagement

Die auf Vorstandsebene wahrgenommene Mitarbeit des DFK im Anwenderrat für Wertemanagement (AfW) war auch im Jahr 2007 erfolgreich. Der AfW ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Unternehmen und Verbänden und arbeitet zu den Themen Unternehmensethik, Compliance Management und Corporate Social Responsibility. Der AfW fördert damit die Kompetenzen der Unternehmen zu professionellem und ethischem Handeln und zur aktiven Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, Aufgaben, die immer auch auf die Prävention von Wirtschaftskriminalität zielen.

3 Organisation und Finanzlage der Stiftung

3.1 Organisation

Die Räume der Geschäftsstelle befinden sich im Gebäude des Bundesverwaltungsamtes in Berlin-Lichtenberg, Gotlindestraße 91. An ihrem Stiftungssitz in Bonn ist das DFK mit einem Büro in der dortigen Außenstelle des Bundesministeriums des Innern vertreten.

3.2 Personal

Zum 31. Dezember 2007 waren in der Geschäftsstelle einschließlich des Direktors acht Personen beschäftigt, die wie bisher ausnahmslos von Stiftern des öffentlichen Bereichs zur Verfügung gestellt wurden (Bund sowie Länder Brandenburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz). Die Anstellung von eigenem Personal ist dem DFK nach wie vor nicht möglich, da die finanzielle Situation dies nicht zulässt.

Personal von Stiftern des öffentlichen Bereichs

Von den in der Geschäftsstelle derzeit Beschäftigten scheiden nach gegenwärtigem Stand der Zuweisungen Anfang 2008 der Direktor und eine Mitarbeiterin aus. Des Weiteren im Jahresverlauf 2008 noch vier MitarbeiterInnen der DFK-Geschäftsstelle. Die Chancen für Verlängerungen einzelner Zuweisungen bzw. Ersatzgestellungen durch Bund und Länder sind derzeit nicht einzuschätzen. Im Verhältnis zu den ersten Jahren nach Gründung der Stiftung gestaltet sich die Personalgewinnung bzw. -ausstattung für die DFK-Geschäftsstelle zunehmend schwieriger. Das Modell von Personalausweisungen für in der Regel zwei, maximal drei Jahre hat sich insbesondere im Hinblick auf Arbeiten mit Projektcharakter als problematisch erwiesen. Diesbezügliche mangelnde Planbarkeit und Kontinuität haben auch Einfluss auf die Einschätzung der Leistungsfähigkeit der Stiftung, zumal im Verhältnis zu Kooperationspartnern. Abhilfe zeichnet sich trotz diverser Bemühungen auch für die Zukunft nicht ab.

Personalarückgang in 2008 absehbar

Tragfähiges Personal-konzept problematisch

3.3 Finanzlage

Das eingezahlte Stiftungskapital ist durch Zustiftungen des Landes Berlin i.H. von EUR 20.000, der IBM Deutschland i.H. von EUR 500 sowie der Fa. Christ

Geringer Zuwachs beim Stiftungskapital

Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH i.H. von weiteren EUR 5.000 zum 31. Dezember 2007 auf insgesamt EUR 2.817.800,12. gestiegen.

Die Fa. Christ hat nunmehr insgesamt EUR 20.000 zum Stiftungsvermögen beigetragen und kann sich damit durch ein stimmberechtigtes Mitglied im Kuratorium vertreten lassen.

Erträge des Stiftungsvermögens steigen

Die Anlage und Verwaltung des Stiftungsvermögens erfolgt unverändert durch das Bankhaus Sal. Oppenheim. Aus dieser Vermögensanlage wird ein für Stiftungszwecke einsetzbarer jährlicher Nettoertrag von rd. EUR 137.000 erwirtschaftet.

Budget

Bei einem Volumen des Haushalts 2007 von rd. EUR 166.000, das sich teils aus dem laufenden Vermögensertrag sowie teils aus nicht verbrauchten Restmitteln des Vorjahres zusammensetzt, hat das DFK im Berichtsjahr für die vorstehend unter 2. beschriebene Projektarbeit (einschließlich neuer Internet-Auftritt und Öffentlichkeitsarbeit) EUR 117.000 aufgewendet.

Mittelverwendung

Diese Aufwendungen entfielen im Wesentlichen auf den Schwerpunktbereich „Gewaltprävention“ (EUR 49.000 – u. a. Expertise von Prof. Scheithauer), die Mitveranstaltung des 12. Deutschen Präventionstags (EUR 17.500), die Pflege und den Ausbau des Informationssystems PräviS (EUR 20.000), Prävention von Devianz rund um das Internet (EUR 5.900), Maßnahmen für ein Wissensmanagement im Bereich der Kriminalprävention (EUR 5.600), den neuen Internet-Auftritt einschließlich Öffentlichkeitsarbeit (EUR 16.300).

Betriebsausgaben

Die Kosten für den laufenden Betrieb der Geschäftsstelle (Infrastruktur der Geschäftsstelle, Reisekosten, Porto, nicht unmittelbar projektbezogene allgemeine Kosten der Geschäftsstelle etc.) betragen EUR 43.700.

3.4 Jahresabschluss 2006

Jahresabschluss 2006 durch KPMG

Die KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat am 31. Oktober 2007 den Jahresabschluss 2006 auf der Grundlage der dort geführten Bücher des DFK unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften erstellt.

Der Vorstand hat diesen in seiner Sitzung am 14. November 2007 beschlossen.

Anhang I:

Mitglieder des Kuratoriums am 31. Dezember 2007

Institution	Name
Bundesrepublik Deutschland	Bundesminister des Innern Dr. Wolfgang Schäuble (Präsident)
Bosch Sicherheitssysteme GmbH	Uwe Glock (Vizepräsident)
Land Schleswig-Holstein	Innenminister Dr. Ralf Stegner (Vizepräsident)
Adolf Würth GmbH & Co. KG	Franz Zipperle
ARD	Dr. Reinhard Hartstein
Bankhaus Sal. Oppenheim	Uwe Gerstenberg
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege	Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK)	Klaus Jansen
Bundesdruckerei GmbH	Ulrich Hamann
Bundesrepublik Deutschland	Bundesministerin der Justiz Brigitte Zypries
	Bundesministerin für Bildung und Forschung Dr. Annette Schavan
	Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Dr. Ursula von der Leyen
	Bundesministerin für Gesundheit Ulla Schmidt
Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)	Dietmar Harting
Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.	Dietmar Wolff
Bundesverband der Hersteller- und Errichterfirmen von Sicherheits- systemen e.V. (BHE)	Dr. Urban Brauer
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände	Henriette Reker
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Landkreistag	Dr. Kay Ruge
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städte- u. Gemeindebund	Uwe Lübking

Institution	Name
Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände; Deutscher Städtetag	Dr. Manfred Wienand
Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS)	Wolfgang Waschuleswki
Christ Juweliere und Uhrmacher seit 1863 GmbH	Roland Kaulfuß
CONSULTING PLUS Sicherheitsberatung und Service GmbH	Stefan Bisanz
Deutsche Bahn AG	Jens Puls
Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	Konrad Freiberg
Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK)	Dr. Jürgen Möllering
Deutscher Mieterbund e.V.	Dr. Franz-Georg Rips
Deutscher Sparkassen- und Giroverband e.V. (DSGV)	Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis
Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB)	Ingo Weiss
Deutsche Telekom AG	Harald Steininger
Freie Hansestadt Bremen	Senator für Inneres und Sport Willi Lemke
Freie und Hansestadt Hamburg	Innensenator Ude Nagel
Freistaat Bayern	Staatsminister des Innern Joachim Herrmann
Freistaat Sachsen	Staatsminister des Innern Dr. Albrecht Buttolo
Freistaat Thüringen	Innenminister Dr. Karl Heinz Gasser
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV)	Thomas Leicht
Gewerkschaft der Polizei (GdP)	Andreas Nowak
Giesecke & Devrient GmbH	Christian Zipfel
Hauptverband des Deutschen Einzelhandels (HDE)	Stefan Genth
Klüh Security GmbH	Gunnar Rachner
Kommissariat der Deutschen Bischöfe	Prälat Dr. Karl Jüsten
KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Dieter John

Institution	Name
Land Baden-Württemberg	Innenminister Heribert Rech
Land Berlin	Senator für Inneres Dr. Erhart Körting
Land Brandenburg	Innenminister Jörg Schönbohm
Land Hessen	Justizminister Jürgen Banzer
Land Mecklenburg-Vorpommern	Minister des Innern Lorenz Caffier
Land Niedersachsen	Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann
Land Nordrhein-Westfalen	Minister des Innern Dr. Ingo Wolf
Land Rheinland-Pfalz	Minister des Innern und für Sport Karl Peter Bruch
Land Sachsen-Anhalt	Minister des Innern Holger Hövelmann
L-1 Identity Solutions AG	Hartmuth von Maltzahn
Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland	David Gill
Saarland	Minister für Inneres und Sport Klaus Meiser
SECURITAS Sicherheitsdienste Deutschland Holding GmbH & Co. KG	Ralf Brümmer
Siemens AG	Angelika Staimer
VISA Europe Services Inc.	Heike Müller
Weißer Ring e.V.	Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
Zentralrat der Juden in Deutschland	Charlotte Knobloch
Zentralverband Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)	Angelika Staimer
Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. (ZDH)	Joachim Dirschka

Anhang II:

Mitglieder des Vorstandes am 31. Dezember 2007

Name	Institution
Prof. Dr. Rudolf Egg (Vorsitzender)	Kriminologische Zentralstelle e.V.
Dieter John (stellv. Vorsitzender)	KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Norbert Seitz (Direktor)	Deutsches Forum für Kriminal- prävention
Thomas Dittmann	Bundesministerium der Justiz
Hans-Jürgen Förster	Bundesministerium des Innern
Helmut Fünfsinn	Hessisches Ministerium der Justiz
Norbert Küster	Zentralverband der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI)
Werner Leonhardt	Stadt Düsseldorf (für die Bundes- vereinigung der kommunalen Spitzenverbände)
Ulrich Mohn	Deutscher Städte- und Gemeindebund (für die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände)
Erhard Rieß	Bundesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege
Jörg Ziercke	Bundeskriminalamt

HERAUSGEBER

STIFTUNG DEUTSCHES FORUM FÜR KRIMINALPRÄVENTION

C/O BUNDESVERWALTUNGSAMT

GOTLINDESTRASSE 91, HAUS 41

D-10365 BERLIN

TEL.: 030/55 13 37 03

FAX: 030/55 13 37 05

E-MAIL: DFK@KRIMINALPRAEVENTION.DE

INTERNET: WWW.KRIMINALPRAEVENTION.DE